

21. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Ende 17:45 Uhr

Stadtverwaltung Cottbus/Chósebusz

03.06.2026

Tagesordnung (Stand: 20.06.2026)

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung
4. Bestätigung der Tagesordnung der Sitzung
5. Einwohnerfragestunde
 - 5.1. Cottbus/Chósebusz bleibt warm
EWA-99/26
 - 5.2. Abwassergebühren
EWA-116/26
6. Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 6.1. Kosten für die Einrichtung des zeitweiligen Corona-Ausschusses
AN-79/26
 - 6.2. Anfrage Vergleichbarkeit und Methodik der Lärmkartierung
AN-90/26
 - 6.3. Anfrage Bewertung der Verkehrs- und Geschwindigkeitsannahmen
AN-91/26
 - 6.4. Anfrage Berücksichtigung weiterer Lärmquellen im Stadtgebiet
AN-92/26
 - 6.5. Anfrage Umsetzung und Verbindlichkeit des Lärmaktionsplans
AN-93/26
 - 6.6. Anfrage zu aktuellen Diskussionen zu Tempo 30 in Cottbus/Chósebusz
AN-94/26
 - 6.7. Anfrage Priorisierung und Umsetzung der Maßnahmen
AN-95/26
 - 6.8. Anfrage Entwicklung des Mobilitätsverhaltens und Zielerreichung
AN-96/26
 - 6.9. Kosten und Umfang der Nutzung von Microsoft-Produkten
AN-98/26
 - 6.10. Zeitlicher und finanzieller Aufwand für die Beantwortung der Fraktions-Anfragen
AN-100/26
 - 6.11. Weiterer Nutzen des Neujahrsbrief des Oberbürgermeisters
AN-101/26

- 6.12. Schutzmaßnahmen und Präventionsstrategien - Besorgniserregende Zunahme von Übergriffen auf politisch engagierte Bürgerinnen und Bürger, sowie deren private Wohnräume, Recht am eigenen Bild und Verunstaltung von Schutzräumen mit rechtsradikaler Symbolik
AN-102/26
- 6.13. Aufrufzahlen der Live-Streams
AN-104/26
- 6.14. Auswirkungen des Net Zero Valley Lausitz und der kommunalen Wärmeplanung der Stadt Cottbus/Chósebus auf die bestehenden Tierhaltungen im Stadtgebiet
AN-105/26
- 6.15. Risiken und Belastungen der kommunalen Wärmeplanung der Stadt Cottbus für Bürger und Wirtschaft
AN-106/26
- 6.16. Herkunft ; Erzeugung und Kosten des Wasserstoffs für die H2-Busse von Cottbusverkehr
AN-107/26
- 6.17. Anfrage zu Zwangsräumungen in der Stadt Cottbus/Chósebus
AN-108/26
- 6.18. ÖPNV-Anbindung des BTU-Campus Nord
AN-109/26
- 6.19. Prüfung des Ausbaus öffentlicher WLAN-Infrastruktur sowie möglicher Kooperationen mit der BTU Cottbus-Senftenberg
AN-110/26
- 7. Berichte und Informationen
 - 7.1. Bericht des Oberbürgermeisters sowie Aussprache zum Bericht
 - 7.2. Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
 - 7.3. Petitionen
 - 7.4. Aktuelle Stunde
 - 7.5. Bericht CMT/CGSG/CTK
 - 7.6. Bericht Kinder- und Jugendbeauftragte der Stadt Cottbus/Chósebus
 - 7.7. Jugendsozialarbeit am Standort Schule: Teilfachplanung Schulsozialarbeit 2026-2032 (i.R.d. Jugendhilfeplanung)
Vorlage: I.1-014/26 JHA
 - 7.8. Information zur Vergabe des Bauvorhabens nach VOB: Stadt Cottbus/Chósebus ÖA 232-2025 - Seeachse 3. BA, Los 3: Wegebau, Beleuchtung und Ausstattung
Vorlage: II-012/26 I-StV

8. Vorlagen der Verwaltung
- 8.1. 9. Aktualisierung der Beschlussfassung über die Berufung von sachkundigen Einwohnern in die Fachausschüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus/Chósebus für die VIII. Wahlperiode (Grundsatzbeschluss der StVV vom 25.09.2024)
Vorlage: OB-019/26 StVV
- 8.2. 1. Änderung der Elternbeitragssatzung für die Kindertagesstätten des Eigenbetriebes „Kommunale Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Cottbus“
Vorlage: I.1-002/26 StVV
9. Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung
- 9.1. Prüfauftrag Kommunal финанzen – Prüfung einer kommunalen Verfassungsbeschwerde vor dem Landesverfassungsgericht Brandenburg
AT-19/26
- 9.2. Anwendung der niedersorbischen Sprache im Cottbuser Tierpark.
AT-21/26
- 9.3. Arbeitsgelegenheiten stärken und ausbauen
AT-23/26
- 9.4. Prüfung von Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Cottbusverkehr-Deutschlandtickets
AT-25/26
- 9.5. Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung
AT-26/26
- 9.6. Stringenz der Antwort der Kommunalaufsicht (MIK 10.12.2025) „Bindungswirkung zweier Beschlüsse auf privatrechtliche Pachtverträge“
AT-29/26
- 9.7. Einführung eines verbindlichen Berichtssystems für den Bereich Prävention und Geheimschutz
AT-31/26
- 9.8. Weitere pauschale Stellenreduzierung in der Stadtverwaltung Cottbus/Chósebus um 28 VZE bis zum Vorliegen der Aufgabenanalyse der Verwaltung
AT-32/26
- 9.9. Prüfauftrag zur Einführung eines Online-Abstimmungstools für Anträge im Rahmen der StVV der Stadt Cottbus/Chósebus
AT-34/26
- 9.10. Rücknahme der Gebührenbescheide für Rettungsdiensteinsätze, vorläufige Sicherstellung der Finanzierung durch die Stadt und konsequente rechtliche Geltendmachung gegenüber den Krankenkassen
AT-35/26
- 9.11. Ortsumfahrung Cottbus/Chósebus: Beschilderung
AT-38/26
- 9.12. Prüfauftrag: Balkensperrungen in Cottbus-Ströbitz stoppen
AT-40/26

- 9.13. Einsetzung von Bürgerinnen-Bürgerräten
AT-41/26
- 10. Persönliche Mitteilungen und Erklärungen

II. Nicht öffentlicher Teil

1. Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den nicht öffentlichen Teil der letzten Sitzung
2. Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung
3. Berichte und Informationen
 - 3.1. Oberbürgermeister
 - 3.2. Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
4. Vorlagen der Verwaltung
 - 4.1. Verkauf von Grundstücken aus dem städtischen Grundbesitz
Vorlage: II.1-009/26 StVV
 - 4.2. Projekt Neubau des Funktionsgebäudes für die Integrierte Regionalleitstelle Lausitz sowie den Katastrophenschutz der Stadt Cottbus/Chósebuz – Abwicklung des Verfahrens
Vorlage: OB-015/26 StVV
5. Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung
6. Persönliche Mitteilungen und Erklärungen
7. Schließung der Sitzung

Abarbeitung der Tagesordnung

TOP 1

Eröffnung der Sitzung

Herr Dr. Bialas eröffnet die Sitzung.

Information über die Mandatsniederlegung von Herrn Frank Mittag. Mitglied der StVV seit 2019. Nachrücker ist Herr Erik Hofedank für die Fraktion Die Linke. Herr Hofedank verliest den Verpflichtungstext.

TOP 2

Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die frist- und ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt.

Anwesenheitsliste

Vorsitz

Herr Dr. Wolfgang Bialas

1. stellvertretender Vorsitz

Frau Kerstin Kircheis

2. stellvertretender Vorsitz

Herr Benjamin Hantschke

Oberbürgermeister

Herr Tobias Schick

Mitglied der Stadtverordnetenversammlung

Frau Katja Arnold, Herr Dr. Tilo Biesecke, Herr Andreas Böhm, Frau Eva Engelhardt, Herr Philipp Gärtner, Frau Peggy Hähnel, Frau Anja Heger, Herr Erik Hofedank, Herr Jean-Pascal Hohm, Herr Torsten Kaps, Frau Kathrin Kaßner, Herr Lars Katzmarek, Herr Dr. Mario Kaun, Frau Yasmin Kirsten, Herr Thomas Knott, Herr René Koch, Herr Felix Kotzur, Herr Detlef Krebs, Herr Gunnar Kurth, Herr Ramiro Lehmann, Herr Nadeem Manjouneh, Herr Dieter Markusch, Frau Barbara Merz, Herr Christopher Neumann, Herr Michael Rabes, Herr Dr. med. Markus Rochow, Herr Erik Rothe, Herr Jörg Schnapke, Frau Janine Schollbach, Herr Andy Schöngarth, Frau Anke Schulz, Herr Matthias Schulze, Herr Georg Simonek, Frau Marianne Spring-Räumschüssel, Herr Hagen Strese, Frau Maja Wallstein, Herr Axel Wonneberger, Herr Dr. Hans Ulrich Wünsch, Herr Hendrik Zank,

Die Stadtverordnetenversammlung ist beschlussfähig.

TOP 3

Entscheidung über vorgebrachte Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung

Herr Manjouneh äußert seinen Unmut zu Redebeiträgen von Herrn Schieske aus der vergangenen StVV.

TOP 4

Bestätigung der Tagesordnung der Sitzung

Herr Simonek stellt den Antrag unter TOP 9.1 zurück.

9.1. Prüfauftrag Kommunalfinanzen – Prüfung einer kommunalen Verfassungsbeschwerde vor dem Landesverfassungsgericht Brandenburg
AT-19/26 - Antragsteller: Fraktion AfD

Herr Schnapke stellt den Antrag unter Top 9.3 zurück.

9.3. Arbeitsgelegenheiten stärken und ausbauen
AT-23/26 - Antragsteller: Fraktion CDU/FW

Die Tagesordnung ist einstimmig bei 1. Enthaltung mit Änderungen (Top 9.1 sowie TOP 9.3 entfällt) angenommen. Der Wiederaufruf liegt in der Verantwortung der Fraktionen. Die Nummerierung verschiebt sich entsprechend.

TOP 5

Einwohnerfragestunde

TOP 5.1

Cottbus/Chósebuz bleibt warm

Dokument: EWA-99/26

Anfragesteller: Herr Klingberg

Frau Ramsch gibt die mündliche Antwort.

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Geschäftsbereiches I an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 5.2

Abwassergebühren

Dokument: EWA-116/26

Anfragesteller: Herr Milius

Frau Ramsch gibt die mündliche Antwort.

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Geschäftsbereiches I an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6

Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung

TOP 6.1

Kosten für die Einrichtung des zeitweiligen Corona-Ausschusses

Dokument: AN-79/26

Anfragesteller: Fraktion Die Linke

Frau Ramsch gibt die mündliche Antwort.

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Geschäftsbereiches I an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

Die Fraktion hat mit Mail vom 24.02.2026 erklärt, dass eine schriftliche Beantwortung ausreichend ist.

TOP 6.2

Anfrage Vergleichbarkeit und Methodik der Lärmkartierung

Dokument: AN-90/26

Anfragesteller: Fraktion AfD

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Geschäftsbereiches I an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

Die Fraktion hat mit Mail vom 24.02.2026 erklärt, dass eine schriftliche Beantwortung ausreichend ist.

TOP 6.3

Anfrage Bewertung der Verkehrs- und Geschwindigkeitsannahmen

Dokument: AN-91/26

Anfragesteller: Fraktion AfD

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Geschäftsbereiches I an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

Die Fraktion hat mit Mail vom 24.02.2026 erklärt, dass eine schriftliche Beantwortung ausreichend ist.

TOP 6.4

Anfrage Berücksichtigung weiterer Lärmquellen im Stadtgebiet

Dokument: AN-92/26

Anfragesteller: Fraktion AfD

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Geschäftsbereiches I an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

Die Fraktion hat mit Mail vom 24.02.2026 erklärt, dass eine schriftliche Beantwortung ausreichend ist.

TOP 6.5

Anfrage Umsetzung und Verbindlichkeit des Lärmaktionsplans

Dokument: AN-93/26

Anfragesteller: Fraktion AfD

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Geschäftsbereiches I an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

Die Fraktion hat mit Mail vom 24.02.2026 erklärt, dass eine schriftliche Beantwortung ausreichend ist.

TOP 6.6

Anfrage zu aktuellen Diskussionen zu Tempo 30 in Cottbus/Chósebus

Dokument: AN-94/26

Anfragesteller: Fraktion AfD

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Geschäftsbereiches I an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

Die Fraktion hat mit Mail vom 24.02.2026 erklärt, dass eine schriftliche Beantwortung ausreichend ist.

TOP 6.7

Anfrage Priorisierung und Umsetzung der Maßnahmen

Dokument: AN-95/26

Anfragesteller: Fraktion AfD

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Geschäftsbereiches I an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

Die Fraktion hat mit Mail vom 24.02.2026 erklärt, dass eine schriftliche Beantwortung ausreichend ist.

TOP 6.8

Anfrage Entwicklung des Mobilitätsverhaltens und Zielerreichung

Dokument: AN-96/26

Anfragesteller: Fraktion AfD

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Geschäftsbereiches I an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6.9

Kosten und Umfang der Nutzung von Microsoft-Produkten

Dokument: AN-98/26

Anfragesteller: Fraktion Die Linke

Herr Perko gibt die mündliche Antwort.

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Geschäftsbereiches III an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6.10

Zeitlicher und finanzieller Aufwand für die Beantwortung der Fraktions-Anfragen

Dokument: AN-100/26

Anfragesteller: Fraktion UC!/FDP

Herr Kettlitz gibt die mündliche Antwort.

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des BOB an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6.11

Weiterer Nutzen des Neujahrsbrief des Oberbürgermeisters

Dokument: AN-101/26

Anfragesteller: Fraktion UC!/FDP

Herr Kettlitz gibt die mündliche Antwort.

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des BOB an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6.12

Schutzmaßnahmen und Präventionsstrategien - Besorgniserregende Zunahme von Übergriffen auf politisch engagierte Bürgerinnen und Bürger, sowie deren private Wohnräume, Recht am eigenen Bild und Verunstaltung von Schutzräumen mit rechtsradikaler Symbolik

Dokument: AN-102/26

Anfragesteller: Fraktion Die Linke

Herr Bergner gibt die mündliche Antwort.

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Dezernates III.1 an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6.13

Aufrufzahlen der Live-Streams

Dokument: AN-104/26

Anfragesteller: Fraktion MIB/ZSC

Herr Kettlitz gibt die mündliche Antwort.

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des BOB an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6.14

Auswirkungen des Net Zero Valley Lausitz und der kommunalen Wärmeplanung der Stadt Cottbus/Chósebuz auf die bestehenden Tierhaltungen im Stadtgebiet

Dokument: AN-105/26

Anfragesteller: Fraktion AfD

Frau Ramsch gibt die mündliche Antwort.

Nachfragen: Herr Dr. Wunsch

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Geschäftsbereiches I an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6.15

Risiken und Belastungen der kommunalen Wärmeplanung der Stadt Cottbus für Bürger und Wirtschaft

Dokument: AN-106/26

Anfragesteller: Fraktion AfD

Frau Ramsch gibt die mündliche Antwort.

Nachfragen: Frau Spring-Räumschüssel

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Geschäftsbereiches I an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6.16

Herkunft ; Erzeugung und Kosten des Wasserstoffs für die H2-Busse von Cottbusverkehr

Dokument: AN-107/26

Anfragesteller: Fraktion AfD

Herr Thalmann gibt die mündliche Antwort.

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des BOB an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6.17

Anfrage zu Zwangsräumungen in der Stadt Cottbus/Chósebus

Dokument: AN-108/26

Anfragesteller: Fraktion AfD

Frau Belle gibt die mündliche Antwort.

Nachfragen: Herr Simonek

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Geschäftsbereiches I an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6.18

ÖPNV-Anbindung des BTU-Campus Nord

Dokument: AN-109/26

Anfragesteller: Fraktion CDU/FW

Frau Mohaupt gibt die mündliche Antwort.

Keine Nachfragen.

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Geschäftsbereiches II an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 6.19

Prüfung des Ausbaus öffentlicher WLAN-Infrastruktur sowie möglicher Kooperationen mit der BTU Cottbus-Senftenberg

Dokument: AN-110/26

Anfragesteller: Fraktion CDU/FW

Frau Ramsch gibt die mündliche Antwort.

Nachfragen: Herr Schnapke

Die schriftliche Beantwortung wird in Verantwortlichkeit des Geschäftsbereiches I an den Fragesteller übersandt, den Fraktionen zur Kenntnis gegeben und ins Internet gestellt.

TOP 7

Berichte und Informationen

TOP 7.1

Bericht des Oberbürgermeisters sowie Aussprache zum Bericht

Berichterstatter: Herr Schick

Herr Schick gibt seinen Bericht.

Redebeiträge/Nachfragen: Herr Schöngarth, Frau Arnold

TOP 7.2

Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Berichterstatter: Herr Dr. Bialas

Herr Dr. Bialas informiert über die gemeinsame Zusammenkunft nach der StVV am 24.06.2026. Des Weiteren informiert er über eine Klageabweisung im Verfahren Milius gegen Stadtverordnetenversammlung zur Kommunalwahl 2024.

Keine weiteren Wortmeldungen.

TOP 7.3

Petitionen

Berichterstatter: Herr Dr. Biesecke

Keine.

TOP 7.4

Aktuelle Stunde

Es findet keine Aktuelle Stunde statt.

TOP 7.5

Bericht CMT/CGSG/CTK

Berichterstatterin: Frau Kerzel (Geschäftsführerin)

Frau Kerzel gibt Ihren Bericht.

Nachfragen/Redebeiträge zum Bericht: Herr Lehmann, Herr Simonek, Herr Dr. Biesecke, Herr Krebs, Herr Kaps, Herr Schulze, Herr Gärtner, Herr Hofedank, Herr Kurth, Herr Kotzur

TOP 7.6

Bericht Kinder- und Jugendbeauftragte der Stadt Cottbus/Chóseebuz

Berichterstatterin: Frau Sattler

Frau Sattler gibt Ihren Bericht.

Nachfragen/Redebeiträge zum Bericht: Herr Schöngarth, Herr Dr. Bialas, Herr Kotzur

Herr Dr. Bialas regt an, den Bericht des Kinder und Jugendbeirates im 2 Halbjahr zu hören.

TOP 7.7

Jugendsozialarbeit am Standort Schule: Teilfachplanung Schulsozialarbeit 2026-2032 (i.R.d. Jugendhilfeplanung)

Dokument: I.1-014/26 JHA

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

„Die Schulsozialarbeit wird bis zur Entscheidung über die Konnexitätsklage auf Grundlage des bestehenden Personalkörpers von 31 VZE fortgeführt.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Die Information ist zur Kenntnis genommen.

TOP 7.8

Information zur Vergabe des Bauvorhabens nach VOB: Stadt Cottbus/Chósebuz ÖA 232-2025 - Seeachse 3. BA, Los 3: Wegebau, Beleuchtung und Ausstattung

Dokument: II-012/26 I-StV

Information:

„Der Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen hat das o. g. Bauvorhaben öffentlich ausgeschrieben. Die Vergabeunterlagen wurden durch 13 Bieter von der Vergabeplattform Brandenburg angefordert. Zur Submission am 19.02.2026 haben 6 Bieter ein Angebot abgegeben (Auflistung alphabetisch).

Eurovia Verkehrsbau GmbH NL Cottbus03099 Kolkwitz

Koalick GmbH, 03116 Drebkau

Richard Schulz Tiefbau GmbH & Co. KG, 01987 Schwarzheide

STRABAG AG, 01968 Senftenberg

STR GmbH & Co. KG Cottbus, 03042 Cottbus

Matthäi Bauunternehmen GmbH & Co. KG, 01983 Großräschen

Nach Auswertung der Angebote wird mit einer Auftragssumme von **1.513.970,85 € brutto** die Firma

STRABAG AG, Direktion Nord-Ost, Bereich Lausitz

Güterbahnhofstraße 71, 01968 Senftenberg

aufgrund des wirtschaftlichsten Angebotes für die ausgeschriebenen Leistungen beauftragt. Der in der Regel 5 Meter breite, getrennt geführte ca. 1,8 Kilometer lange Geh- und Radweg erhält eine glatte aufgehellte Asphaltoberfläche.

Die Berücksichtigung von besonderen Bestandsbäumen bzw. vorhandenen ehemaligen Gleisanlagen im Verlauf der Seeachse bilden sich drei „Gleisinseln“ als besondere Orte auf der Strecke heraus, wo sich der Weg beidseitig aufteilt. Die Stirnseiten der Gleisinseln werden mit Sitzelementen aus Cortenstahl räumlich gefasst. Die Gestaltung der Gleisinseln selbst ist nicht Gegenstand der Beauftragung.

Neben der Ausstattung des Weges mit Beleuchtung erfolgt, abgestimmt zum Baufortschritt, die Errichtung des mit dem Förderprojekt verbundenen Kunstprojektes „Aus der Spur“.

Die Fertigstellung wird bis Ende 2026 angestrebt. Das Vorhaben erhält Zuwendungen vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr im Rahmen der Richtlinie zur Förderung innovativer Projekte zur Verbesserung des Radverkehrs in Deutschland.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Die Information ist zur Kenntnis genommen.

TOP 8

Vorlagen der Verwaltung

TOP 8.1

9. Aktualisierung der Beschlussfassung über die Berufung von sachkundigen Einwohnern in die Fachausschüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus/Chósebuz für die VIII. Wahlperiode (Grundsatzbeschluss der StVV vom 25.09.2024)

Dokument: OB-019/26 StVV

Beschlussvorschlag:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus/Chósebuz möge auf Vorschlag der Fraktion Die Linke beschließen:

Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligungen und Strukturentwicklung

*Herr Milan Dzykowski wird in den Ausschuss **berufen.**“*

Keine weiteren Wortmeldungen.

Die Vorlage ist mehrheitlich beschlossen.

Nein 1 Enthaltungen 8

Beschlusnummer: OB-019-21/26 StVV

TOP 8.2

**1. Änderung der Elternbeitragssatzung für die Kindertagesstätten des Eigenbetriebes
„Kommunale Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Cottbus“
Dokument: I.1-002/26 StVV**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Änderung der Elternbeitragssatzung für die Kindertagesstätten des Eigenbetriebes
„Kommunale Kinder- und Jugendhilfe der Stadt Cottbus“

Herr Kurth erläutert, dass die Vorlage im JHA nicht ausreichend gewürdigt werden konnte bzw. dass nicht alle Fragen ausreichend beantwortet werden konnten. Daraus resultierend, wurde verabredet, dass diese Vorlage erneut am 02.06.2026 im Jugendhilfeausschuss behandelt wird.

Frau Spring-Räumschüssel stellt den Geschäftsordnungsantrag diese Vorlage in eine 2. Lesung zu verweisen.

Herr Dr. Bialas bittet um Abstimmung.

Die 2. Lesung wird mehrheitlich befürwortet.

JA 17 Nein 16 Enthaltungen 5

Keine weiteren Wortmeldungen.

Wiedervorlage im Monat Juni.

TOP 9

Anträge aus der Stadtverordnetenversammlung

Entfällt → siehe Top 4 Bestätigung der Tagesordnung

TOP 9.1

Prüfauftrag Kommunalfinanzen – Prüfung einer kommunalen Verfassungsbeschwerde vor dem Landesverfassungsgericht Brandenburg

Dokument: AT-19/26

Antragsteller: Fraktion AfD

(Wiederaufruf aus HA 22.04.2026)

(Austauschantrag vom 07.05.2026)

(Austauschantrag vom 12.05.2026)

Inhalt des Antrages:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Oberbürgermeister als Hauptverwaltungsbeamten, die Möglichkeit einer kommunalen Verfassungsbeschwerde vor dem Landesverfassungsgericht Brandenburg prüfen zu lassen.

Gegenstand der Prüfung soll insbesondere sein, ob durch die unzureichende finanzielle Ausstattung der Kommunen sowie durch die Übertragung von Aufgaben ohne angemessenen finanziellen Ausgleich eine Verletzung der Artikel 97 Absatz 3 sowie Artikel 100 der Verfassung des Landes Brandenburg vorliegt.“

Frau Spring-Räumschüssel stellt den Antrag zurück.

Der Antrag ist zurückgestellt. Der Wiederaufruf liegt in der Verantwortung der Fraktion.

TOP 9.2

Anwendung der niedersorbischen Sprache im Cottbuser Tierpark.

Dokument: AT-21/26

Antragsteller: Fraktion AfD

(Wiederaufruf aus HA 22.04.2026)

Inhalt des Antrages:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus/Chóšebuz möge beschließen, dass die sorbischen/wendischen Tiernamen auf den Schildern im Tierpark unserer Stadt geschrieben sein sollen.*

Außerdem wünschen wir uns, dass eine Möglichkeit der Durchführung von Führungen in sorbischer/wendischer Sprache für Schüler, für Kindergärten (Witaj-Projekt) für Interessenten der niedersorbischen Sprache, für sorbische/wendische Vereine und für Sprachkurse, wie sie in Cottbus/Chóšebuz stattfinden (Zorja, Schule für niedersorbische Sprache und Kultur), geschaffen werden soll.

Wir denken, dass die niedersorbischen Führungen zu Beginn zweimal jährlich stattfinden sollten; dies könnte dann, wenn der Bedarf wächst, noch ausgebaut werden.

Informationen über Termine sollen auf der Internetseite der Stadt Cottbus/Chóšebuz, auf der Internetseite des Tierparkes und auch in den sorbischen/wendischen Medien (Nowy Casnik, sorbischer/wendischer Rundfunk, RBB-Programm Łužica usw.) veröffentlicht werden. Die niedersorbische Sprache müssen wir überall, wo es möglich ist, fördern und anwenden. Sie ist eine Bereicherung unserer Region.

In der heutigen Zeit müssen wir alles für die Sichtbarkeit und Erlebbarkeit des Sorbischen/Wendischen tun.“

Herr Dr. Wunsch sagt, dass die Thematik der Beschilderung zu 90 % erledigt ist. Er umschreibt die unzufriedene Situation, dass die niedersorbischen/wendischen Führungen im Tierpark nicht auf den sozialen Kanälen bzw. der eigenen Website beworben werden.

Herr Schnapke äußert sich dahingehend, dass hierfür die Werkleitung zuständig sei.

Herr Kurth sagt, dass die Beschilderung auch schon vor dem Antrag da war und dass sich der Werksausschuss intensiv mit dem Antragsinhalten auseinandergesetzt hat und die dort angesprochenen Themen positiv begleiten wird.

Herr Simonek hat kein Vertrauen in die Umsetzung und bittet um Abstimmung des Antrages.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nein 17 Enthaltungen 10

Entfällt → siehe Top 4 Bestätigung der Tagesordnung

TOP 9.3

Arbeitsgelegenheiten stärken und ausbauen

Dokument: AT-23/26

Antragsteller: Fraktion CDU/FW

Inhalt des Antrages:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister gemeinsam mit dem Jobcenter Cottbus und den kommunalen Eigenbetrieben wird beauftragt zu prüfen, die Möglichkeiten für Arbeitsgelegenheiten von arbeitsfähigen Leistungsempfängern nach SGB II und Asylbewerberleistungsgesetz zu verbessern. Über das Prüfergebnis ist in der Juni-StVV erstmalig zu informieren.“

Der Antrag ist zurückgestellt. Der Wiederaufwurf liegt in Verantwortung der Fraktion.

TOP 9.4

Prüfung von Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Cottbusverkehr-Deutschlandtickets

Dokument: AT-25/26

Antragsteller: Fraktion Die Linke

Inhalt des Antrages:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einführung eines möglichst unbürokratischen Weges zur Umsetzung eines Erstwohnsitzzuschusses zum Deutschlandticket zu prüfen. Dabei sollen folgende Kriterien berücksichtigt werden:

1. Die Stadt Cottbus gewährt allen Einwohnerinnen und Einwohnern mit Erstwohnsitz in Cottbus auf Antrag einen monatlichen Zuschuss in Höhe von 10 Euro, sofern sie ein Deutschlandticket über das kommunale Verkehrsunternehmen Cottbusverkehr GmbH beziehen.

2. Voraussetzung für den Zuschuss ist der Nachweis eines gültigen Abonnementvertrags über das Deutschlandticket mit Cottbusverkehr sowie der Erstwohnsitz in Cottbus.

Das Prüfergebnis soll bis Oktober 2026 im Ausschuss für Bau und Verkehr präsentiert werden.“

Herr Neumann erläutert den Antrag.

Frau Arnold fragt nach den Ausschussempfehlungen.

Dr. Bialas verliest die Ausschussvoten.

Ausschuss für Wirtschaft, Beteiligung und Strukturentwicklung	6/3/1
---	-------

Ausschuss für Bau und Verkehr	5/1/4
-------------------------------	-------

Ausschuss für Haushalt und Finanzen	7/1/0
-------------------------------------	-------

Herr Schöngarth hält den Antrag für überflüssig.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Nein 11 Enthaltungen 3

Beschlusnummer: AT-25-21/26

Frau Mohaupt, Herr Perko und Herr Schick verlassen den Raum. Herr Schick nimmt nicht an der Beratung/Abstimmung teil.

TOP 9.5

Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung

Dokument: AT-26/26

Antragsteller: Fraktion Die Linke

Inhalt des Antrages:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Cottbus/Chósebus möge die nachfolgende Änderung der Satzung über Aufwands-, Verdienstausschlag- und Auslagenentschädigung für Stadtverordnete, sachkundige Einwohner/innen und Vertreter/innen in wirtschaftlichen Unternehmen der Stadt Cottbus/Chósebus, Mitglieder von Ortsbeiräten, Beauftragten und Beiräten sowie Dienstaufwandsentschädigung für hauptamtliche kommunale Wahlbeamte/-beamtinnen der Stadt Cottbus/Chósebus beschließen:

1. Die Satzung vom 18.12.2020, welche am 1. Januar 2021 in Kraft getreten ist mit Ausnahme des § 13, welcher rückwirkend zum 1 Februar 2018 in Kraft getreten ist, wird wie folgt geändert:

Änderung des § 13

Absatz 2 wird wie folgt neu gefasst:

(2) Der Oberbürgermeister erhält eine monatliche Dienstaufwandsentschädigung für den Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis zum 30. Juni 2026 in Höhe von 335 Euro.

*Die monatliche Dienstaufwandsentschädigung für die/den zur/zum allgemeinen Stellvertreter/in bestellten Beigeordneten beträgt für diesen Zeitraum 252 Euro, für weitere Beigeordnete 168 Euro. **Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:***

(3) Ab dem 1. Juli 2026 wird dem Oberbürgermeister keine monatliche Dienstaufwandsentschädigung mehr gewährt.

Ab diesem Zeitpunkt entfällt auch die Dienstaufwandsentschädigung für die/den zur/zum allgemeinen Stellvertreter/in bestellten Beigeordneten sowie für weitere Beigeordnete ersatzlos.

Änderung des § 14

Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

(3) Die Änderung des § 13 Absätze 2 und 3 durch die Änderung der Satzung mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom XY tritt am 1. Juli 2026 in Kraft.

2. Verwendung der eingesparten Mittel

Die durch den Wegfall der Dienstaufwandsentschädigungen gemäß § 13 Absätze 2 und 3 eingesparten Haushaltsmittel sind zur Stärkung der ehrenamtlichen Tätigkeit in den Ortsbeiräten sowie in den übrigen Beiräten im Sinne des § 19 BbgKVerf zu verwenden.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Anpassung der Aufwandsentschädigung für die Mitglieder der Ortsbeiräte gemäß § 7 sowie für die Mitglieder der Beiräte im Sinne des § 19 BbgKVerf gemäß § 8 der Aufwandsentschädigungssatzung zu prüfen und der Stadtverordnetenversammlung einen entsprechenden Vorschlag zur Erhöhung vorzulegen. Dabei ist sicherzustellen, dass die zur Verfügung stehenden eingesparten Mittel vollständig zugunsten dieser ehrenamtlich Tätigen eingesetzt werden.“

Herr Neumann erläutert den Antrag.

Frau Spring-Räumschüssel berichtet über die Diskussion aus dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Hier hat sich ein Ortsbeiratsvorsitzender, explizit gegen diesen Antrag ausgesprochen.

Herr Neumann bittet im Namen der Fraktion um eine namentliche Abstimmung.

Namentliche Abstimmung AT-26/25:

Nr.	Name	Vorname	Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
1	Arnold	Katja	MIB/ZSC		x	
2	Dr. Bialas	Wolfgang	CDU/Freie Wähler		x	
3	Dr. Biesecke	Tilo	SPD		x	
4	Böhm	Andreas	AfD		x	
5	Engelhardt	Eva	AfD		x	
6	Gärtner	Philipp	UCI/FDP			x
7	Hähnel	Peggy	AfD		x	
8	Hantschke	Benjamin	UCI/FDP		x	
9	Heger	Anja	SPD		x	
10	Hofedank	Erik	Die Linke	x		
11	Hohm	Jean-Pascal	AfD		x	
12	Kaps	Torsten	CDU/Freie Wähler		x	
13	Kaßner	Kathrin	AfD		x	
14	Katzmarek	Lars	SPD		x	
15	Dr. Kaun	Mario	UCI/FDP			x
16	Kircheis	Kerstin	SPD		x	
17	Kirsten	Yasmin	Die Linke	x		
18	Knott	Thomas	MIB/ZSC		x	
19	Krebs	Detlef	AfD		x	
20	Koch	René	CDU/Freie Wähler		x	
21	Kotzur	Felix	B90/Die Grünen/SUB	x		
22	Kurth	Gunnar	SPD		x	
23	Lehmann	Ramiro	AfD		x	
24	Manjouneh	Nadeem	B90/Die Grünen/SUB			
25	Markusch	Heinz-Dieter	AfD		x	
26	Merz	Barbara	UCI/FDP		x	
27	Neumann	Christopher	Die Linke	x		
28	Rabes	Michael	CDU/Freie Wähler		x	
29	Dr. Rochow	Markus	CDU/Freie Wähler		x	
30	Rothe	Erik	CDU/Freie Wähler		x	
31	Scheuerecker	Bianka	SPD			
32	Schick	Tobias	Oberbürgermeister			
33	Schieske	Lars	AfD			
34	Schnapke	Jörg	CDU/Freie Wähler		x	
35	Schollbach	Janine	SPD		x	

36	Schömberg	Christian	B90/Die Grünen/SUB			
37	Schöngarth	Andy	AfD	x		
38	Schulz	Anke	CDU/Freie Wähler		x	
39	Schulze	Matthias	MIB/ZSC		x	
40	Siewert	Jürgen	UC!/FDP			
41	Simonek	Georg	AfD		x	
42	Spring-Räumschüssel	Marianne	AfD		x	
43	Strese	Hagen	CDU/Freie Wähler		x	
44	Wallstein	Maja	SPD		x	
45	Wonneberger	Axel	AfD		x	
46	Dr. Wunsch	Ulrich	AfD		x	
47	Zank	Hendrik	SPD		x	

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ja 5 Nein 34 Enthaltungen 2

TOP 9.6

Stringenz der Antwort der Kommunalaufsicht (MIK 10.12.2025) „Bindungswirkung zweier Beschlüsse auf privatrechtliche Pachtverträge“

Dokument: AT-29/26

Antragsteller: Fraktion AfD

(Austauschantrag vom 19.05.2026)

Inhalt des Antrages:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: 9 Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung regelmäßig strukturierte Berichte zur wirtschaftlichen Situation, zum baulichen Zustand sowie zu künftigen Investitions- und Instandhaltungsbedarfen der kommunalen Garagenstandorte vorzulegen. Dabei sind insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:

- 1. Der Bericht ist regelmäßig, mindestens jedoch jährlich, standortbezogen vorzulegen und soll die Änderung wesentlichen wirtschaftlichen, baulichen und investiven Entwicklungen der kommunalen Garagenstandorte darstellen.*
- 2. Die Vorlage soll der Stadtverordnetenversammlung spätestens acht Wochen vor der Beratungen über Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen oder wesentliche haushaltsrelevante Entscheidungen zu kommunalen Garagenstandorten zur Verfügung gestellt werden.*
- 3. In dem Bericht sind die wesentlichen standortbezogenen Einnahmen und Ausgaben nachvollziehbar darzustellen.*

4. Die laufenden Kosten der jeweiligen Garagenstandorte sollen, soweit sachgerecht zuordenbar, differenziert dargestellt werden, insbesondere hinsichtlich: • Versicherungen • Verwaltungskosten • Grundsteuer • laufender Bewirtschaftungskosten
5. Der Bericht soll eine Einschätzung des kurz-, mittel- und langfristigen Instandhaltungsbedarfs der jeweiligen Standorte enthalten.
6. Der bauliche Zustand der Garagenstandorte soll in geeigneter Weise erfasst und bewertet werden, insbesondere hinsichtlich: • Dachzustand • Tore • elektrischer Anlagen • erkennbarem Sanierungsbedarf
7. Der Bericht soll eine nachvollziehbare Einschätzung zu künftig erforderlichen Rückstellungen und Investitionsbedarfen enthalten.
8. Die Entwicklung wesentlicher Kostenpositionen soll über mehrere Jahre nachvollziehbar dargestellt werden.
9. Absehbare kurz-, mittel- und langfristige Investitionsbedarfe sollen dargestellt und hinsichtlich ihres zeitlichen sowie finanziellen Umfangs eingeschätzt werden.
10. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob ein standardisiertes Verfahren zur Bearbeitung baulicher Schadensmeldungen an Garagenstandorten eingeführt oder weiterentwickelt werden soll, und der Stadtverordnetenversammlung hierüber zu berichten.
11. Sofern Bearbeitungsrückstände oder Verzögerungen bestehen, sollen deren Ursachen sowie mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Bearbeitungsabläufe dargestellt werden.“

Herr Krebs erläutert den Antrag. Er bittet im Namen der Fraktion um eine namentliche Abstimmung.

Herr Schick verweist darauf, dass eine intensive und gemeinsame Zusammenarbeit auch immer Kompromisse erfordert. Er fordert dazu auf, den Antrag abzulehnen.

Herr Kaps verweist auf eine konstruktive und gemeinsame Zusammenarbeit in der interfraktionellen Arbeitsgruppe.

Frau Schollbach schließt sich den Worten von Herrn Kaps an. Ihre Wahrnehmung war, dass hier auf Augenhöhe miteinander kommuniziert wurde und immer transparent erläutert wurde warum etwas geht oder auch nicht. Sie bedankt sich bei der Verwaltung für das konstruktive Miteinander. Sie kündigt die Ablehnung Ihrer Fraktion an.

Herr Dr. Bialas bittet um namentliche Abstimmung.

Namentliche Abstimmung AT-29/25:

Nr.	Name	Vorname	Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
1	Arnold	Katja	MIB/ZSC			x
2	Dr. Bialas	Wolfgang	CDU/Freie Wähler		x	
3	Dr. Biesecke	Tilo	SPD		x	
4	Böhm	Andreas	AfD	x		
5	Engelhardt	Eva	AfD			x
6	Gärtner	Philipp	UCI/FDP		x	
7	Hähnel	Peggy	AfD			x
8	Hantschke	Benjamin	UCI/FDP		x	
9	Heger	Anja	SPD		x	

10	Hofedank	Erik	Die Linke		x	
11	Hohm	Jean-Pascal	AfD	x		
12	Kaps	Torsten	CDU/Freie Wähler		x	
13	Kaßner	Kathrin	AfD	x		
14	Katzmarek	Lars	SPD		x	
15	Dr. Kaun	Mario	UCI/FDP		x	
16	Kircheis	Kerstin	SPD		x	
17	Kirsten	Yasmin	Die Linke		x	
18	Knott	Thomas	MIB/ZSC			x
19	Krebs	Detlef	AfD	x		
20	Koch	René	CDU/Freie Wähler		x	
21	Kotzur	Felix	B90/Die Grünen/SUB		x	
22	Kurth	Gunnar	SPD		x	
23	Lehmann	Ramiro	AfD	x		
24	Manjouneh	Nadeem	B90/Die Grünen/SUB			
25	Markusch	Heinz-Dieter	AfD	x		
26	Merz	Barbara	UCI/FDP		x	
27	Neumann	Christopher	Die Linke		x	
28	Rabes	Michael	CDU/Freie Wähler		x	
29	Dr. Rochow	Markus	CDU/Freie Wähler		x	
30	Rothe	Erik	CDU/Freie Wähler		x	
31	Scheuerecker	Bianka	SPD			
32	Schick	Tobias	Oberbürgermeister		x	
33	Schieske	Lars	AfD			
34	Schnapke	Jörg	CDU/Freie Wähler		x	
35	Schollbach	Janine	SPD		x	
36	Schömberg	Christian	B90/Die Grünen/SUB			
37	Schöngarth	Andy	AfD	x		
38	Schulz	Anke	CDU/Freie Wähler		x	
39	Schulze	Matthias	MIB/ZSC		x	
40	Siewert	Jürgen	UCI/FDP			
41	Simonek	Georg	AfD	x		
42	Spring-Räumschüssel	Marianne	AfD	x		
43	Strese	Hagen	CDU/Freie Wähler		x	
44	Wallstein	Maja	SPD		x	
45	Wonneberger	Axel	AfD	x		
46	Dr. Wünsch	Ulrich	AfD	x		
47	Zank	Hendrik	SPD		x	

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ja 11 Nein 27 Enthaltungen 4

TOP 9.7

Einführung eines verbindlichen Berichtssystems für den Bereich Prävention und Geheimchutz

Dokument: AT-31/26

Antragsteller: Fraktion AfD

(Austauschantrag vom 21.05.2026)

Inhalt des Antrages:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: 3

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein standardisiertes Berichtswesen einzuführen, das jährlich alle Projekte, Sicherheitsüberprüfungen, festgestellten Auffälligkeiten sowie Hausrechtsverstöße strukturiert und nachvollziehbar darstellt.

Zielrichtung

- *Jährliche Berichterstattung an die Stadtverordnetenversammlung*
- *Vollständige Dokumentation aller Maßnahmen*
- *Dauerhafte statistische Dokumentation ohne personenbezogene Daten*
- *Verbesserung der Transparenz und Kontrollfähigkeit“*

Herr Schöngarth erläutert den Antrag.

Herr Schnapke bittet die Verwaltung um Stellungnahme, ob die von Herrn Schöngarth beschriebenen Antragsinhalte bereits umgesetzt werden oder welcher Aufwand damit verbunden wäre dies umzusetzen.

Herr Bergner bedankt sich für die Ausführungen von Herrn Schöngarth, die gut beschrieben haben, was bereits geleistet wird. Es müssten keine neue Leute eingestellt werden bzw. zusätzliche finanzielle Mittel aufgebracht werden. Gerne könnten z.B. einmal jährlich die erfolgten Präventionsmaßnahmen vorgestellt werden. Beim Thema Geheimchutz sind wir an die Regelungen im § 24 des brandenburgischen Sicherheitsüberprüfungsgesetz gebunden. Hier wird klar geregelt was man darf und was nicht. Wieviel sind überprüft worden, wie viele sind positiv bzw. negativ.

Herr Schnapke könnte sich einen jährlichen Bericht vorstellen, womit dieser Antrag dann eigentlich überflüssig wäre.

Herr Schöngarth verweist auf eine unzufriedenstellende Antwort ihrer diesbezüglichen Fraktionsanfrage.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ja 12 Enthaltungen 3

TOP 9.8

Weitere pauschale Stellenreduzierung in der Stadtverwaltung Cottbus/Chósebus um 28 VZE bis zum Vorliegen der Aufgabenanalyse der Verwaltung

Dokument: AT-32/26

Antragsteller: Fraktion MIB/ZSC

Inhalt des Antrages:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine weitere pauschale Stellenreduzierung über das Jahr 2028 hinaus um mindestens 28 Vollzeiteinheiten (VZE) pro Jahr bis zum Vorliegen der fachlichen Aufgabenanalyse durch die Verwaltung fortzusetzen“

Herr Schulze erläutert den Antrag.

Herr Schulze stellt den Antrag unter der Maßgabe zurück, dass die Verwaltung schriftlich bis zur Haushaltsklausur mitteilt, bis wann eine Aufgabenanalyse vorgelegt werden kann. Sollte dies durch die Verwaltung nicht erfolgen wird der Antrag wieder aufgerufen.

Der Antrag ist zurückgestellt. Der Wiederaufruf liegt in der Verantwortung der Fraktion.

TOP 9.9

Prüfauftrag zur Einführung eines Online-Abstimmungstools für Anträge im Rahmen der StVV der Stadt Cottbus/Chósebus

Dokument: AT-34/26

Antragsteller: Fraktion MIB/ZSC

Inhalt des Antrages:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverwaltung prüft die Einführung einer Online-Abstimmungsplattform auf der Webseite der Stadt Cottbus, auf der Bürgerinnen und Bürger zu aktuellen Anträgen der Stadtverordnetenversammlung ihr Votum abgeben können.“

Herr Knott erläutert den Antrag.

Herr Kurth verweist darauf, dass es sich hierbei nicht um rechtsverbindliche Abstimmungen handelt. Er kündigt die Ablehnung seiner Fraktion an. Im Sinne der Transparenz und der Beteiligung, sieht er mehr Gefahren als Chancen.

Herr Neumann informiert, dass es sich hierbei um keine repräsentative Abstimmung handelt. Des Weiteren geht er auf Manipulationsmöglichkeiten ein. Er kündigt die Ablehnung seiner Fraktion an.

Herr Knott verweist darauf, dass es sich hierbei um einen ergebnisoffenen Prüfantrag handelt.

Herr Schulze unterstützt den Redebeitrag von Herrn Knott und betont das Ziel der Demokratiestärkung.

Herr Rabes fragt, welche Städte dieses Verfahren bereits praktizieren?

Herr Knott wird diese Information gerne nachreichen.

Herr Dr. Kaun verweist ebenfalls darauf, dass es sich hierbei um einen Prüfantrag handelt und das Ergebnis dieser Prüfung sein könnte, dass diese Abstimmungstool eher wenig für Verwaltungszwecke geeignet ist.

Herr Dr. Bialas kann sich gut vorstellen, dass dieses Instrument von Fraktionen, Parteien selbst genutzt wird, um Ihre getroffenen Entscheidungen besser einordnen und werten zu können.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Beschlusnummer: AT-34-21/26

15 Nein Enthaltungen 5

Entfällt

TOP 9.10

Rücknahme der Gebührenbescheide für Rettungsdiensteinsätze, vorläufige Sicherstellung der Finanzierung durch die Stadt und konsequente rechtliche Geltendmachung gegenüber den Krankenkassen

Dokument: AT-35/26

Antragsteller: Fraktion AfD

Inhalt des Antrages:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: 12 1. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die bereits erlassenen bzw. vorbereiteten Gebührenbescheide gegenüber den Bürgern für die Nutzung des Rettungsdienstes, soweit rechtlich zulässig, unverzüglich zurückzunehmen beziehungsweise bis auf Weiteres nicht zu vollziehen.

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die ausstehenden Forderungen aus der Rettungsdienstversorgung im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten vorläufig über einen zusätzlichen Kredit abzusichern, damit die Bürger nicht in Vorleistung genommen werden und nicht selbst gegen Krankenkassen oder Gebührenbescheide klagen müssen.

3. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die offenen Forderungen gegenüber den Krankenkassen nach rechtlicher Prüfung und soweit erfolgversprechend unverzüglich gerichtlich geltend zu machen und alle erforderlichen rechtlichen Schritte einzuleiten.

4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung zeitnah über die Höhe der offenen Forderungen, die voraussichtliche Kreditaufnahme, die rechtliche Strategie sowie den Stand der Verhandlungen mit den Krankenkassen zu berichten.“

Herr Simonek stellt den Antrag zurück.

Der Antrag ist zurückgestellt. Der Wiederaufruf liegt in der Verantwortung der Fraktion.

TOP 9.11

Ortsumfahrung Cottbus/Chóšebuz: Beschilderung

Dokument: AT-38/26

Antragsteller: Fraktion SPD

Inhalt des Antrages:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die bereits erlassenen bzw. vorbereiteten Gebührenbescheide gegenüber den Bürgern für die Nutzung des Rettungsdienstes, soweit rechtlich zulässig, unverzüglich zurückzunehmen beziehungsweise bis auf Weiteres nicht zu vollziehen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die ausstehenden Forderungen aus der Rettungsdienstversorgung im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten vorläufig über einen zusätzlichen Kredit abzusichern, damit die Bürger nicht in Vorleistung genommen werden und nicht selbst gegen Krankenkassen oder Gebührenbescheide klagen müssen.
3. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die offenen Forderungen gegenüber den Krankenkassen nach rechtlicher Prüfung und soweit erfolversprechend unverzüglich gerichtlich geltend zu machen und alle erforderlichen rechtlichen Schritte einzuleiten.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung zeitnah über die Höhe der offenen Forderungen, die voraussichtliche Kreditaufnahme, die rechtliche Strategie sowie den Stand der Verhandlungen mit den Krankenkassen zu berichten.“

Empfehlung des Hauptausschusses:

Verweis in den Ausschuss für Bau und Verkehr

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antrag ist verwiesen in den Fachausschuss.

TOP 9.12

Prüfauftrag: Balkonsperrungen in Cottbus-Ströbitz stoppen

Dokument: AT-40/26

Antragsteller: Fraktion Die Linke

Inhalt des Antrages:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. gemeinsam mit der Wohnungsgenossenschaft eG Wohnen, betroffenen Mieterinnen und Mietern sowie Mieterinitiativen zeitnah einen Runden Tisch zum Umgang mit den derzeit gesperrten Balkonen in Cottbus-Ströbitz einzurichten;

2. zu prüfen und der Stadtverordnetenversammlung darzulegen,

- ob und in welchem Umfang die Sperrung der Balkone aus baulicher und sicherheitstechnischer Sicht zwingend erforderlich ist,

- auf welcher gutachterlichen Grundlage diese Entscheidungen beruhen und ob diese aktuell und belastbar sind,

- und ob eine unabhängige fachliche Überprüfung zur Bewertung der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen angezeigt ist;

3. der Stadtverordnetenversammlung innerhalb von 3 Monaten über die Ergebnisse sowie den Stand des Runden Tisches zu berichten.“

Empfehlung des Hauptausschusses:

Verweis in den Ausschuss für Bau und Verkehr

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antrag ist verwiesen in den Fachausschuss.

TOP 9.13

Einsetzung von Bürgerinnen-Bürgerräten

Dokument: AT-41/26

Antragsteller: Fraktion Die Linke

Inhalt des Antrages:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Einsetzung von Bürger*innenräten für bestimmte politische Entscheidungen von besonderer stadtgesellschaftlicher Bedeutung zu prüfen. Die Bürger*innenräte sollen per Losentscheid unter allen Einwohner*innen der Stadt unter Berücksichtigung von Kriterien der repräsentativen Abbildung der Bevölkerungsstruktur gebildet werden. Sie werden umfassend und aus der Perspektive aller relevanten Interessengruppen über den Beratungsgegenstand informiert und geben anschließend eine Empfehlung zur Entscheidung an die Stadtverordnetenversammlung ab. Die Stadtverwaltung muss sich verpflichtend zu den Ergebnissen äußern.“

Empfehlung des Hauptausschusses:

Verweis in den Hauptausschuss mit der Aufgabe Recht

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antrag ist verwiesen in den Fachausschuss.

TOP 10

Persönliche Mitteilungen und Erklärungen

Keine.

Cottbus/Chóseebuz, 23.06.2026

gez.

Dr. Wolfgang Bialas

Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung